

Der Freisinn FDP

Nr. 8
August 1981
3. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

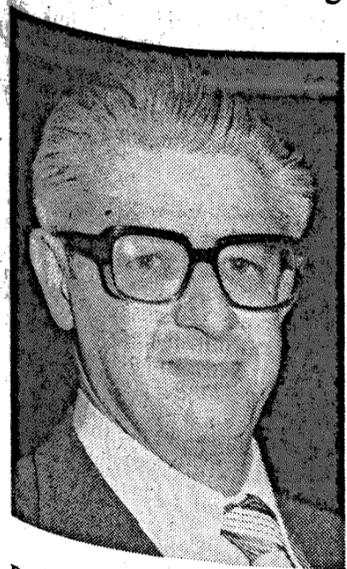
Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Armeeleitbild 80 — Erfreuliches und Problemträchtiges

Vertrauen des Bürgers in Uniform festigen

Mit Befriedigung werden die Angehörigen der Landwehrformationen vermerkt haben, dass der Bundesrat — endlich — dem Parlament mit seiner Rüstungsbotschaft 1981/II beantragt, nunmehr auch die Panzerabwehrkapazität der Landwehr-Infanterie mit dem «Dragon» zu verstärken, wie bereits im Auszug eingeführt ist. Die Erfüllung dieses seit Jahren erhobenen Postulates hat nicht nur ihre Bedeutung für die Kampfkraft unserer vordersten Verbände, sondern ist, wie Nationalrat Dr. Willy Loretan (Zofingen) feststellt, ebenso sehr geeignet, das Vertrauen des «Bürgers in Uniform» in seine Armee zu festigen.



haftigkeit und der Landesverteidigung tief verankert ist.

Wie weiter mit dem Armeeleitbild 80?

Nach den ursprünglichen Absichten von Bundesrat und Parlament in den 70er Jahren sollte das Armeeleitbild 80, welches sich auf die damals bekannte möglichen Bedrohung ausrichtete — die Annahmen sind seither eher überboten worden —, bis Mitte dieses Jahrzehnts in den Hauptzügen verwirklicht sein. Wir wissen, dass dies nicht zuletzt wegen der unerfreulichen Lage der Bundesfinanzen nicht in vollem Umfang der Fall sein wird. Abstriche sind unvermeidlich. Der Bundesrat spricht etwas beschönigend von «Abstrichen auf jenen Gebieten, welchen bei der Beurteilung des Dissuasions- und Kampfwertes keine absolute Erstrolle zukommt». Was heisst das im Klartext?

Auch die bloss unvollständige Realisierung des Armeeleitbildes 80 bis 1985 erfordert die Fortsetzung der jährlichen Rüstungspro-

gramme im bisherigen Rhythmus, das heisst jährliche Verpflichtungskredite in der Grössenordnung von rund 1,5 Mia. Fr. Lediglich ein Drittel davon soll indessen möglich sein!

Rüstungsprogramme 1982 und 1983 gefährdet

Den weiteren Kürzungen werden damit auch Vorhaben der obersten Prioritäten bei der Luftverteidigung, der Panzerabwehr und der Artillerie zum Opfer fallen. Sofern der Bundesrat am heutigen Plafond der Militärausgaben festhält, ist damit eine langsame, aber stetige Preisgabe von Kampfkraft verbunden. Der Eintrittspreis für einen Aggressor sinkt; unsere Armee könnte ihre vorrangige Aufgabe, diejenige der Abschreckung, nur mehr ungenügend erfüllen. Kann und will sich das bestversicherte Volk der Welt eine solche Entwicklung beim (vom Abschreckungswert her gesehen) wichtigsten Zweig unserer Gesamtverteidigung leisten? Auch im Ausland dürfte man auf die Antwort gespannt sein.

Die Antwort kann nur lauten: Im Anschluss an die Verlängerung der Bundesfinanzordnung, die dem Bund das Einnahmefundament sichern soll, haben Parlament und Stimmbürger über weitere Sparmassnahmen (auch beim Betrieb des EMD!) und über Mehreinnahmen zu befinden, dies vor allem auch im Interesse der materiellen Kriegsbereitschaft und der Dissuasionswirkung unserer Gesamtverteidigung.

Rüstungsreferendum der SPS als weiteres Hindernis?

Vor diesem Hintergrund soll nach den Sommerferien die in den Reihen der SPS diskutierte Initiative für die Einführung des fakultativen Referendums für Rüstungskredite gestartet werden. «Mehr Demokratie» lautet das Schlagwort. So weit, so gut. Aber warum gerade hier die Einführung des

Fortsetzung auf Seite 2

Trend zu Protektionismus und Interventionismus

Ungewisse wirtschaftliche Perspektiven

Es mag überraschen, dass zu einem Zeitpunkt, da weitgehend Vollbeschäftigung herrscht und fast überall in unserem Land der Arbeitsmarkt wie in den stärksten Wachstumsjahren ausgetrocknet ist, die Situation unserer Wirtschaft zur Debatte steht. Die gute Beschäftigungslage darf aber, wie Ständerat Dr. Hans Ulrich Baumberger (FDP, AR) aufzeigt, nicht über einige unerfreuliche Entwicklungen hinwegtäuschen:

Den Politiker interessiert die wirtschaftliche Situation meist nur dann, wenn eine grössere nationale oder regionale Arbeitslosigkeit droht oder bereits herrscht. Das war etwa 1975 der Fall und trifft heute höchstens noch für einzelne Regionen mit besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie etwa die Uhrenregion zu. In solchen Situationen handelt unsere Politik dann zwangsläufig unter Zeitdruck und ergreift häufig punktuelle und kostspielige Notmassnahmen.

Veränderte Gegebenheiten

Auch heute herrscht noch weitgehend die Tendenz vor, die Wirt-



nen weit überschreitet. Sie sind aber auch nicht gewillt, ihre überschüssigen Milliarden direkt den ver- und überschuldeten Ländern zu leihen, sondern bedienen sich mündelsicherer Vermittler, welche an ihrer Stelle das Risiko zu übernehmen haben.

Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung

Zu gleicher Zeit finden beträchtliche Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung statt. Sie haben ihren Ursprung vor allem in Japan und dem ostasiatischen Raum und treffen bedeutende und alteingesessene Branchen selbst in bisher leistungsfähigen Volkswirtschaften. So verschieden diese beiden Entwick-

Fortsetzung auf Seite 6

Das Vertrauen nämlich, seine Aufgaben in der Armee mit den ihm aus seinen Steuergeldern zur Verfügung gestellten Mitteln auch bewältigen zu können. Dieser Aspekt ist wohl ebenso wichtig wie der ausrüstungsmässig-taktische, gerade bei einer Truppe, in welcher der Gedanke der Wehr-



Beherzte Taten für den Detailhandel! Das FDP-Detailhandelskonzept präsentierten an einer Pressekonferenz in Bern (v. l. n. r.): Dr. Balz Horber, stv. Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes und Mitglied der freisinnigen Arbeitsgruppe; René Frech, Sekretär der Arbeitsgruppe; Parteipräsident Yann Richter; Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Präsident der Arbeitsgruppe; François Loeb vom bekannten gleichnamigen Berner Warenhaus, ebenfalls Mitglied der Arbeitsgruppe. Bericht auf Seite 8. (Bild rut)

schafslage anhand von Indikatoren zu beurteilen, die vorwiegend kurzfristige Schwankungen zum Ausdruck bringen und die für unser Land augenblicklich überraschend gut aussehen. Trotzdem gilt es zu beachten, dass im Welt-handelssystem seit der ersten Erdölkrise und auch als Folge bedeutender technologischer Wandlungen Veränderungen eingetreten sind, wie sie bisher in Ausmass und Geschwindigkeit des Ablaufes unbekannt waren.

Die früheren Zahlungsbilanzüberschüsse der meisten Industrieländer haben sich in beträchtliche Defizite verwandelt, und die nichtölbesitzenden Entwicklungs-, aber auch zahlreiche Ostländer sehen sich gewaltigen Schuldenbergen gegenüber. Andererseits verfügen die Opec-Staaten plötzlich über einen enormen Reichtum, der ihre Konsumkraft und ihre Aufnahmefähigkeit für Investitio-

**Sparen?
Dann zur
SKA.**





Planungsgesetze «durchforsten»

Begehren des Ausschusses für Raumplanung und Bodenrecht

Dem Problemkreis «Raumplanung und Bodenpreis» war eine Sitzung des Ausschusses für Raumplanung und Bodenrecht der FDP gewidmet. Das von Nationalrat Pascal Couchepin VS geleitete Gremium hielt dabei fest, dass die Ueberbauung der Schweiz einer gewissen Regelung bedürfe. Doch stelle sich die Frage, ob der bestehende «Dschungel» von Vorschriften nicht über das Ziel hinausschiesse und unnötig Kosten verursache. Durch raumplanerische Massnahmen (Rückzonungen usw.) sei zudem das Angebot an überbaubarem Land verknappt worden, was seinen Niederschlag in einer Steigerung der Bodenpreise gefunden haben. Der Ausschuss erwartet deshalb, dass die kantonalen Planungsgesetze einer kritischen Ueberprüfung unterzogen werden.

Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person ist in den letzten zehn Jahren um rund ein Drittel von 30 auf 40 Quadratmeter gestiegen. Diese Entwicklung wie auch der Trend bei der jungen Generation, möglichst bald über ein eigenes Logis zu verfügen, sind nicht ohne Konsequenzen auf den Wohnungsmarkt und damit auch auf die Entwicklung der Bodenpreise geblieben. Dies ging aus zwei Kurzreferaten von Dr. Rudolf Stüdeli, Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, und lic. iur. Walter Bosshard hervor, die auch die Folgen raumplanerischer Massnahmen auf die Baulandpreise beleuchten.

Der FDP-Ausschuss ist der Ansicht, dass dieser Entwicklung Einhalt geboten werden muss. Er postuliert deshalb verschiedene Massnahmen. So tritt er für die Bildung von Wohnbaugenossenschaften ein und will in verstärkter Masse die bereits bestehenden entsprechenden liberalen Vereinigungen unterstützen. Konkret schlägt er vor, dass Bauland im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften abgetreten wird. In städtischen Gebieten soll, um der gestiegenen Nachfrage Rechnung zu tragen, von der Baugesetzgebung her ermöglicht werden, dass in Ein- und kleineren Mehrfamilienhäusern nachträglich Kleinvohnungen eingebaut werden können. Der Baulandhortung bzw. -spekulation ist über steuerliche Massnahmen (Grundstückgewinnsteuer usw.) zu begegnen. Im weiteren sollte sich die öffentliche Hand zur Verhinderung eines übermässigen Anstieges der Grundstückspreise vermehrt darum bemühen, statt Expropriation Landabtausch ins Auge zu fassen.

Für Verstetigung des Beschäftigungsvolumens

Die Verstetigung des Beschäftigungsvolumens auf dem heutigen Niveau von rund drei Millionen Arbeitnehmern ist mittelfristig eines der wesentlichsten Ziele der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik. Zu diesem Zwecke müssen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen entsprechend ausgestaltet werden. Dies fordert der von Ständerat Dr. Hans Ulrich Baumberger (Herisau) präsidierte Ausschuss für Wirtschaftspolitik der FDP. Vorgängig einer ausgedehnten Aussprache liess er von Biga-Direktor Jean-Pierre Bonny über «grundsätzliche Probleme der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik» orientieren.

Die Schwerpunkte der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik liegen, gemäss den Ausführungen von Direktor Bonny, in der Förderung der beruflichen Qualifikation und Mobilität, in der Sicherstellung von Arbeitsplätzen in Randregionen, im Ausbau der Arbeitsvermittlung und in der sozialen Absicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit. Angesichts des tiefgreifenden strukturellen Anpassungsprozesses in der schweizerischen Wirtschaft und des raschen technologischen Wandels besteht eines der Hauptprobleme der Arbeitsmarktpolitik in der Anpassung der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Lehrlinge und Berufstätigen. Hier bestehen nach Ansicht des Ausschusses für Wirtschaftspolitik Lücken, die durch die zuständigen Behörden und die verantwortlichen Branchenorganisationen raschmöglichst zu schliessen sind.

Lücken in der Gesamtverteidigung schliessen

Eine umgehende Schliessung der Lücken in der Organisation und Ausbildung in der Gesamtverteidigung und vor allem beim Zivilschutz fordert der Ausschuss für Militärpolitik der FDP. Er verlangt ferner eine optimale Lösung der Probleme in den Bereichen Warnung, Alarmierung und Information der Zivilbevölkerung in Krisensituationen.

Auf Grund eingehender Ausführungen über aktuelle Probleme in der Gesamtverteidigung durch Dr. Alfred Wyser, Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, stellte der Ausschuss für Militärpolitik, der unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich (Winterthur) tagte, mit Besorgnis fest, dass vor allem in

organisatorischer und ausbildungsmässiger Hinsicht im Zivilschutz nach wie vor Lücken klaffen, die geschlossen werden müssen, wenn im Krisenfall der Zivilbevölkerung ausreichend Schutz gewährleistet werden soll. Zur Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten in den zivilen Führungsstäben sollte die Armee vermehrt «überzählige» Offiziere mit Führungserfahrung diesen Stäben zur Verfügung stellen. Weitere ungelöste Probleme bestehen in den Bereichen Warnung, Alarmierung und Information der Zivilbevölkerung, in den Beziehungen zwischen Bund und Kantonen bei ausserordentlichen Lagen sowie in den Bestrebungen, die Frauen vermehrt in den Dienst der Gesamtverteidigung zu stellen. Der militärpolitische Ausschuss der FDP der Schweiz wird sich an einer nächsten Sitzung eingehend mit dem Fragenkomplex «Frau und Gesamtverteidigung» auseinandersetzen, wendet sich jedoch gegen die von linker Seite bereits eingeleitete Diffamierungskampagne gegenüber den Bemühungen zu einer vermehrten Integration der Frauen in die Gesamtverteidigung.

Stellungnahme zur Stimmbstimmungs-Studie

Die FDP teilt die Ansicht der vom Bundesrat eingesetzten Arbeitsgruppe zur Ueberprüfung der Stimmbstimmungsstudie, wonach die heutige Situation nicht in äusserstem Masse gravierend ist, dass ihr aber gebührende Beachtung zu schenken ist. Die Partei begrüsst deshalb, wie

aus ihrer Stellungnahme zum Schlussbericht dieser Arbeitsgruppe hervorgeht, Massnahmen zur Hebung der Stimmbeteiligung. Sie kann sich jedoch mit den Empfehlungen der vom EJPD eingesetzten Arbeitsgruppe nicht in allen Teilen befreunden.

Nach Ansicht der FDP ist die Stimmbstimmungsstudie lediglich ein Symptom für tieferliegende Entwicklungen in Gesellschaft und Politik. Eine blosse Symptomtherapie an der sichtbaren Oberfläche einer vielschichtigen Problematik trägt deshalb nach Meinung der Partei nicht viel zur Verbesserung der Lage bei. Eine hohe oder eine niedere Beteiligung sei nicht ein Wert an sich. Es stelle sich vielmehr die Frage, ob nicht eine grundsätzliche Anpassung der Institutionen notwendig sei. Das System des politischen Ausgleichs habe dazu geführt, dass Konflikte nicht mehr gelöst, sondern vermieden werden, indem die Verständigung schon auf Expertenebene angestrebt werde.

Die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Massnahmen hält die FDP zwar weitgehend nicht für untauglich, sie schiessen jedoch nach Meinung der Partei am Ziel vorbei. So ist die Partei der Auffassung, dass die Beteiligungswerbung primär Aufgabe der Parteien und Medien ist. Sie wendet sich deshalb gegen eine allgemeine amtliche Propaganda. Ablehnend steht sie negativen Sanktionen (Verwirklichung des Stimmrechtes, Bussen usw.) gegenüber. Hingegen befürwortet sie einen dosierten Ausbau der Erleichterungen bei der Stimmbgabe. Ihr erscheint insbesondere eine Ausdehnung der Öffnungszeiten der Urnen als sinnvoll.

Nach aufsehenerregendem Rücktritt

Ein Handbuch der Aussenpolitik

Im Ausland, namentlich in den angelsächsischen Ländern, sind Memoiren führender Staatsmänner, Generäle, Admirale und Diplomaten keine Seltenheit. In unserem Lande aber sind Lebenserinnerungen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eher eine Ausnahme.

Es darf deshalb als Ereignis bezeichnet werden, dass Dr. Albert Weitnauer, ehemaliger Delegierter des Bundesrates für Handelsvertragsverhandlungen, Botschafter in London und von 1976 bis zu seinem brüskten Ausscheiden am 1. September 1980 als Staatssekretär im Departement des Auswärtigen dessen höchster Beamter, in einem im Artemis-Verlag erschienenen Buch, «Rechenenschaft, Vierzig Jahre im Dienst des schweizerischen Staates» seine Erlebnisse, Erfahrungen und Begegnungen veröffentlicht.

Wie man sich erinnert, ist Dr. Weitnauer vorzeitig aus seinem Amte geschieden unter Umständen, die grosses Aufsehen hervorriefen und zu einer Interpellation im Nationalrat Anlass gaben. Ueber diesen von Bundesrat Aubert erzwungenen Rücktritt ist sehr viel geschrieben und gesprochen worden. Nun kommt der direkt Betroffene selber zum Wort. Er schildert in diesem Buch in allen Einzelheiten, wie Bundesrat Aubert mit andern Mitarbeitern Weitnauers Entlassung vorbereitete und diesen eines Tages ohne jede vorausgehende Verlautbarung, dass er mit der Mitarbeit des Generalsekretärs des Departements nicht zufrieden wäre, vor eine vollendete Tatsache stellte.

Verantwortungsvolle Tätigkeit

Albert Weitnauer begann nach erfolgreichen juristischen Studien vor 40 Jahren seine Tätigkeit in der Kriegswirtschaft, folgte dann dem Ruf seines Chefs, des späteren Bundesrats Hans Schaffner, in die Handelsabteilung, wo er zum Sektionschef und nach mehreren Jahren an den Botschaften in Washington und London zum Delegierten des Bundesrates für Handelsverträge aufstieg. In dieser Eigenschaft hat Dr. Weitnauer wichtige bilaterale und im Rahmen des Gatt multilaterale Verhandlungen geführt und zum guten Abschluss gebracht. Anschliessend kam er für fünf Jahre nach London, von wo der Bot-

schafter von Bundesrat Graber als Staatssekretär in die Zentrale berufen wurde.

Nach bemerkenswerten Betrachtungen über die Schweiz und die Schweizer und die Aussenpolitik des immerwährend neutralen Kleinstaates geht der Verfasser über zur Darstellung seiner Tätigkeit in der Kriegswirtschaft und in der Handelsabteilung, wo er zum Sektionschef und dann zum Delegierten avancierte. Der Leser erhält ein ungemein anschauliches Bild der verantwortungsvollen Tätigkeit eines Delegationschefs in internationalen Verhandlungen und des Missionschefs in einer Weltstadt.

Der Geschichte seiner Tätigkeit im Departement und des vorzeitigen Rücktritts fügt Dr. Weitnauer Vorschläge für eine Reorganisation des Departements bei, die für die künftigen Reformen wegweisend sein dürften. Den Abschluss bildet ein Kapitel «Begegnungen und Erfahrungen», in denen sich der Verfasser als trefflicher Beobachter der personellen und sachlichen Verhältnisse in seinem hohen Amte erweist.

«Lust am Lernen»

Als Dr. Weitnauer seine Rechtsstudien in Basel mit Auszeichnung abschloss, wurde ihm nahegelegt, die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Es drängte ihn aber, dem Lande in verantwortlicher Position zu dienen, obwohl der vielseitig gebildete, sprachkundige und belesene Diplomat «die Lust am Lernen», wie er eines seiner reizvollen Kapitel überschreibt, stets bewahrt hat. Was Akten und Berichte nur unvollständig zu vermitteln vermögen, nämlich den wahren Ablauf der Zeitgeschichte, kommt in diesem glänzend geschriebenen, Diskretion und Offenheit verbindenden Werk eindrücklich zur Darstellung.

Weitnauers Bekenntnis zur Neutralitätspolitik, der Einblick, den er in das Wesen der Aussenhandelsdiplomatie gewährt, die vornehme Beurteilung seiner Mitarbeiter und Vorgesetzten sowie

Mögliche (gewichtige) Geschäfte der Herbstsession

NATIONALRAT

Begonnene Geschäfte

Pendenzen im Prioritätsrat
Konsumkreditgesetz
SBB, Leistungsauftrag
Umweltschutzgesetz
Pa. Iv. Arbeitnehmerschutz
Energie-Wust
Eisenbahngesetz, Revision
Militärversicherung,
Anpassung der Leistungen
Pa. Iv. BV Schweizer Bürgerrecht

Pendenzen im Zweitrat

Autobahngebühren
ZGB, Ehwirkungen
Kernenergiehaftpflicht
Tunnelgebühren
Schwerverkehrssteuer

Behandlung im Zweitrat

Handelspolitik gegenüber
Entwicklungsländern
Beamtengesetz, Reallohnhöhung

Differenzen

Berufliche Vorsorge
StGB, Gewaltverbrechen

Neue Geschäfte

Prioritätsrat

Missbräuche im Mietwesen
Rüstungsprogramm 1981 (2. Teil)
Humanitäre Hilfe, Rahmenkredit

Motionen im Zweitrat

Kostenbeiträge an Rindviehhalter
Sparpaket 1980
Gewässerschutz
Treibstoffzuschlag

Initiativen

BG über den Abzahlungs- und
Vorauszahlungsverkehr
Mitbestimmung der Arbeitnehmer
Treibstoffzölle
Persönlichkeits- und Datenschutz
Konsumentenschutz
Preisüberwachung
Ausverkauf der Heimat
Schulkoordination
Parlamentsreform
Abstimmungsverfahren bei
Volksinitiativen
Mitwirkungsgesetz
BV, Unternehmensrecht
AHV/IV,
jährlicher Teuerungsausgleich
SVG, Geschwindigkeitsbegrenzung

STÄNDERAT

Radio- und Fernsehgebühren,
Bericht

Pa. Iv. Schwangerschaftsabbruch

Arbeitslosenversicherung
ESO, Beitritt
Arbeitslosenversicherung

Militärische Bauten
Energieartikel
Kartellgesetz, Revision

Besteuerung der
Erwerbseinkommen
Einkommenssteuer
und Familienpolitik

Nationalstrassengesetz /
Fuss- und Wanderweg

der ausländischen Staatsmänner, mit denen er in seinen amtlichen Funktionen in Kontakt trat, lassen das Buch zu einem bedeutsamen Beitrag der Geschichte und Staatskunde werden. Die Brückierung, die er seitens des Departementschefs erfährt, zeichnet er mit Zurückhaltung auf, aber die Tatsachen sprechen deutlich und dürften mit dem Weitnauer ausgesprochenen Dank des Bundesrates nicht ad acta gelegt sein. Das Buch kann geradezu als Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik und Diplomatie bezeichnet werden, und mit dem Herannahen des Zeitpunkts, da sich Volk und Stände für oder gegen den Beitritt der Schweiz zur Uno zu entscheiden haben, wird es in weiten Kreisen besondere Beachtung finden. Weitnauer befürwortet zwar diesen Beitritt, wobei er die Wahl des Zeitpunk-

tes der Volksabstimmung eine schwierige Ermessensfrage nennt, betont aber, dass die Schweiz keine andere Aussenpolitik als die Neutralitätspolitik führen kann. Ein Sonderstatut für unser Land wäre von der Uno zweifellos nicht zu erlangen. (spk)

Fortsetzung von Seite 1

Finanzreferendums? Warum nicht ein allgemeines Finanzreferendum, z. B. auch für Entwicklungshilfe- oder Hochschulkredite? Schon diese Fragen zeigen, wes Geistes Kind die Initiative ist. Sie ist eindeutig gegen die Armee gerichtet.

Finanzpolitisch abwegig und sachlich falsch

Auch bei finanzpolitischer Betrachtung erweist sich das Fundament der Initiative als brüchig. Gerade die Militärausgaben haben sich in den letzten 20 Jahren als praktisch einzige Ausgaben-gruppe des Bundes unterdurchschnittlich entwickelt. 1960 betrug sie 970 Mio. Fr. (36 Prozent der Aufwendungen des Bundes und 2,4 Prozent des Bruttosozialproduktes), 1980 dagegen mit 3,3 Mia. Fr. bloss noch 19 Prozent der totalen Bundesausgaben und 1,9 Prozent des Bruttosozialproduktes. (Nur nebenbei bemerkt: Mit dieser letzten Zahl liegen wir im internationalen Vergleich deutlich im hinteren Teil der «Rangliste».) Und ausgerechnet hier will man nun zuerst ein Finanzreferendum einführen? Es böten sich wohl andere, «wachstumsträchtigere» Gebiete an!

Das Schweizer Volk dürfte, sollte es soweit kommen, in der Abstimmung dem Ansinnen der Initiative eine klare Absage erteilen. Schon die «Hauptprobe» im Nationalrat misslang. In der Märzsession unterstützte nicht einmal ein Drittel aller SP-Nationalräte den in dieselbe Richtung zielenden Vorstoss eines PÖCH-Vertreters. Der Schuss könnte hinten hinausgehen, bevor er richtig geladen ist...

Katastrophenhilfe und Militärdienst

Der Bundesrat ist bereit, ein vom freisinnigen Genfer Nationalrat Gilles Petitpierre eingereichtes Postulat entgegenzunehmen, das die Anrechnung von Aktionen und Einsätzen im Rahmen der Katastrophenhilfe bei der ordentlichen Militärdienstleistung beantragt. Der Vorstoss hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesrat wird gebeten, Bestimmungen zu prüfen und auszuarbeiten, die es erlauben:

1. Die Zeit, während der ein Wehrdienstpflichtiger an Hilfsaktionen im Ausland im Rahmen der schweizerischen Katastrophenhilfe teilnimmt, ganz oder teilweise an den Militärdienst anzurechnen;
2. Auf ausländischem Hoheitsgebiet auf Ersuchen des betroffenen Landes schweizerische Truppen, vor allem Luftschutz-, Genie- und Sanitätstruppen, einzusetzen, um der Bevölkerung, die von einer Katastrophe heimgesucht wurde, Hilfe zu bringen.

Für einen sinnvollen Ausgleich zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Gebieten

Regionalpolitik besser koordinieren

«Der Bundesrat wird ersucht, die verschiedenen Aktivitäten der Bundesverwaltung und der eidgenössischen Regiebetriebe vermehrt auf die allgemeinen Zielsetzungen der Regionalpolitik abzustimmen und gegebenenfalls die erforderlichen Verwaltungsinternen Weisungen zu erlassen.» Dies forderte Nationalrat Franz Steinegger in einem Postulat von der Landesregierung, die sich bereit erklärte, den Vorstoss entgegenzunehmen. Sein Begehren begründete der freisinnige Uner wie folgt:

Gemäss Artikel 31 quinquies Absatz 4 Bundesverfassung nimmt der Bund auf die unterschiedliche



diese Zielsetzungen zu kurz kommen. Zusätzlich wirkt sich aus, dass die Disparitäten in der Wirtschaftsentwicklung zunehmend weniger die Folge natürlicher Gegebenheiten sind, sondern sozio-ökonomischer Entscheide, wobei die räumliche Verteilung des Kapitals eine grosse Rolle spielt. Daraus entstehen kumulativ-zirkuläre Prozesse, die nur gebremst werden können, wenn auch der Bund laufend prüft, ob seine Sachplanung, seine Gesetzgebung sowie die Aktivitäten der Bundes-

verwaltung und der Regiebetriebe den regionalpolitischen Zielsetzungen Rechnung tragen bzw. ob diese Aktivitäten nicht sogar agglomerative Effekte aufweisen. Die Regionalpolitik ist in diesem Sinne eine Querschnitts- oder Koordinationsaufgabe, und man kann sich fragen, ob in den Botschaften des Bundesrates an die Bundesversammlung nicht jeweils in einem besonderen Abschnitt die regionalpolitischen Auswirkungen darzustellen wären.

Ueberprüfen, wo sich Korrekturen aufdrängen

In Zeiten einer angespannten Finanzlage stehen dem Ausbau und der Verstärkung des regionalpolitischen Instrumentariums wachsende Schwierigkeiten entgegen. Heute kommt der erwähnten Koordinationsaufgabe somit eine zunehmende Bedeutung zu. Es erscheint deshalb zweckmässig, die Bundesgesetzgebung (namentlich im Bereich Verkehr und Energie), die wichtigsten Planungen wie Gesamtverkehrskonzeption und Gesamtenergiekonzeption sowie den Standort und die Aktivitäten der Bundesverwaltung und der Regiebetriebe laufend zu kontrollieren, inwieweit hier regionalpolitischen Zielsetzungen nachgelebt wird und wo sich Korrekturen im Interesse der Regionalpolitik aufdrängen.

Bundesrat contra Nationalrätin Kopp

Abgasvorschriften früher in Kraft setzen?

Der Bundesrat sieht im jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeit, die Inkraftsetzung seines Abgasprogrammes vorzuziehen, das in zwei Etappen — jeweils auf den 1. Oktober 1982 und 1986 — durchgeführt werden soll. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Interpellation der freisinnigen Zürcher Nationalrätin Elisabeth Kopp (Zumikon) hervor, die ihren Vorstoss wie folgt begründete:

Die gesundheitsschädigende Wirkung der Autoabgase ist heute unbestritten. Unter anderem wirken sich zu hohe Konzentrationen an Stickoxiden für die Atmungsorgane gravierend aus. Aber nicht nur die menschliche Gesundheit wird durch die Schadstoffe in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch die Vegetation sowie Baudenkmäler und Kunstwerke. Eine Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) schätzt, dass die gesamten Schäden durch Luftverschmutzung 3 bis 5 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachen.

Nachdem leider eine gesamteuropäische Übereinkunft zur Senkung der Schadstoffe nicht möglich war, hat der Bundesrat beschlossen, das ECE-Reglement Nr. 15 zu kündigen und die Abgaswerte für leichte Motorwagen in einem ersten Schritt auf den 1. Oktober 1982 und in einem zweiten Schritt auf den 1. Oktober 1986 herabzusetzen. In seiner



Antwort auf eine Interpellation aus dem Jahre 1979 führte der Bundesrat aus, dass er an seinen Zielsetzungen, wie er sie im Bericht von 1974 formuliert hatte, festhalte, wies aber darauf hin, dass die Zielsetzung ständig überprüft und unter Umständen ändernden Verhältnissen angepasst, d. h. «fortgeschrieben» werden müsse.

Technisch realisierbar

Gegenüber dem Zeitpunkt der Interpellationsantwort hat sich die Situation insofern verändert, als die Verschmutzung der Luft weiterhin fortgeschritten ist und jetzt auch ausserhalb der grossen Ballungszentren Werte erreicht hat, die gesundheitsgefährdend sind. Auf der anderen Seite sind technische Fortschritte erzielt worden, so dass es heute nicht nur Fahrzeuge gibt, die bereits den Normen, wie sie bei uns für das Modelljahr 1987 vorgesehen sind, entsprechen, sondern die zusätzlich keinen höheren Treibstoffverbrauch aufweisen.

In einem 1980 publizierten Be-

richt von Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG wird nachgewiesen, dass sich moderne Motoren und Abgasentgiftungskonzepte zum überwiegenden Teil durch Energiesparbarkeit auszeichnen. So wurden beispielsweise 34 verschiedene Antriebskonzepte getestet, mit welchen gegenüber dem Basismotor von 1978 Abgassenkungen erzielt werden können. Davon hatten 6 Konzepte einen Treibstoffmehrerverbrauch zur Folge, 2 bewirkten kaum eine Veränderung, und 26 wiesen einen Minderverbrauch an Treibstoff auf. Mit andern Worten hängt die Frage des Benzinmehrerverbrauchs nicht von strengeren Abgasvorschriften ab, sondern von den technischen Massnahmen, welche seitens der Hersteller angewendet werden, um die gegebenen Grenzwerte zu erfüllen.

Gründe für Fristerstreckung fallen dahin

Mit der Tatsache, dass bereits heute von 14 Herstellern 33 verschiedene Modelle fabriziert werden, die den Abgasvorschriften entsprechen, die in der Schweiz erst für das Modelljahr 1987 gelten sollten, und dem inzwischen geleisteten Nachweis, dass strengere Abgasvorschriften nicht zwangsläufig zu einem Benzinmehrerverbrauch führen, fallen zwei der wichtigsten Gründe, die der Bundesrat für eine Fristerstreckung aufgeführt hat, dahin. Wenn der Bundesrat richtigerweise ausgeführt hat, dass Zielsetzungen ständig überprüft und den unter Umständen ändernden Verhältnissen angepasst werden müssen, müsste eine Ueberprüfung im heutigen Zeitpunkt dazu führen, die in Aussicht genommenen Fristen zu verkürzen.

Vieles deutet zudem darauf hin, dass es nicht bei einem befürchteten schweizerischen Alleingang bleiben wird. Der bundesdeutsche Innenminister Gerhard Baum hat den deutschen Automobilherstellern kürzlich mit einer Umweltabgabe gedroht, wenn sie nicht umweltfreundliche Automobile auf dem deutschen Markt anbieten würden. Weiter führte er aus, dass die Bundesrepublik Deutschland im Interesse der Gesundheit ihrer Bürger einen Alleingang werde starten müssen, nachdem es nicht gelungen sei, die europäischen EG-Partner für erheblich schärfere Lärm- und Abgaswerte zu gewinnen. Mit andern Worten steht die Bundesrepublik Deutschland vor dem gleichen Problem wie die Schweiz. Es ist naheliegend, dass die Bundesrepublik Deutschland die gleichen Werte einführen wird, wie sie in Schweden bereits gelten und von der Schweiz vorgesehen sind. Mit einer anzustrebenden bilateralen Übereinkunft mit der Bundesrepublik Deutschland würden die Befürchtungen, wie sie insbesondere seitens der Automobilimporteure gehegt werden, grösstenteils relativiert.

Gegen weitere Verzögerungen

FDP erinnert Bundesrat an Abgas-Resolutionen

Die FDP hat den Bundesrat in einem Schreiben auf die vom Delegiertenrat der Partei Anfang Mai dieses Jahres gutgeheissene Abgas-Resolution aufmerksam gemacht. Sie nimmt damit Stellung im Vernehmlassungsverfahren über die Grenzwerte für Abgase von Motorfahrzeugen. — In der Resolution, einstimmig, angenommen, wurde zum Ausdruck gebracht, dass die FDP vom Bundesrat erwarte, dass dieser an seinem Programm zur Reduktion der Schadstoffe festhalte; eine erneute Verzögerung sei gesundheits- und staatspolitisch nicht mehr zu verantworten.

Lieber Leser

Die politische Sommerflaute, die zudem nur eine innenpolitische war, ist zu Ende gegangen. Die Landesregierung ist bereits zu zwei Sitzungen zusammengetreten und hat sich dabei mit schwergewichtigen Geschäften befasst. Aber auch die eidgenössischen Räte haben ihre Tätigkeit, wenn auch vorerst «nur» auf Stufe Kommissionen, wieder aufgenommen.

Die FDP hat die Sommerpause dazu benutzt, verschiedene Arbeiten, die in jüngster Zeit an die Hand genommen wurden, voranzutreiben oder sogar zum Abschluss zu bringen:

● An einer Pressekonferenz wurde das Konzept «für eine realistische Detailhandelspolitik» präsentiert. Eine Zusammenfassung dieses Berichtes sowie Ausschnitte aus Pressekomentaren finden Sie auf Seite 8. Das Konzept selbst ist in Heft 2/81 unserer Vierteljahrzeitschrift «Politische Rundschau» publiziert worden. Sie können diese Nummer mit dem in diesem «Freisinn» abgedruckten Talon bestellen.

● Ende August werden an einer Sitzung des Delegiertenrates die «Rigi-Thesen — Leitlinien für eine liberale Zukunft» erläutert. Der Öffentlichkeit sollen die «Rigi-Thesen» Anfang September an einer Pressekonferenz vorgestellt werden. Heft 3/81 der «Politischen Rundschau», das Ende August erscheint, enthält die Thesen im Wortlaut.

● Ausgearbeitet wurde vom Ausschuss für Jugendpolitik eine Stellungnahme zu den «Thesen 1980» der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen.

● Der Bericht der Arbeitsgruppe «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» wird gegenwärtig einer Schlussredaktion unterzogen. Er soll ebenfalls in einem Heft der «Politischen Rundschau» publiziert werden.

Diese Auflistung laufender Parteilarbeit wäre unvollständig, wenn nicht auch noch darauf hingewiesen würde, dass gleichzeitig die Vorarbeiten für Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren (Kabelrundfunkverordnung, neues Atomgesetz, Arbeitsbeschaffungsreserven usw.) an die Hand genommen wurden.

Sommerpause bei der FDP? Vielleicht nach aussen, jedoch kaum nach innen.

Nicht der Mai, sondern der September bringt neu ein innenpolitisches Magazin. Mitte des nächsten Monats soll «Die Woche» erstmals erscheinen. Anlass für den «Freisinn», mit den für die Information aus der Bundesstadt Verantwortlichen Frank A. Meyer für «Die Woche» und Marcel H. Keiser, der diese Aufgabe für die bisher einzige innenpolitische Wochenzeitung — «Die Weltwoche» — innehat, Gespräche zu führen. Sie finden sie auf den Seiten 4 und 5.

Hans-Rudolf Leuenberger
Hans-Rudolf Leuenberger



J. VON TOBEL & CO.

Bankiers
Zürichs grösste Privatbank

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812306



Universalbank
gegründet 1897

Wir sind eine Bank, die mit den Märkten und in den Märkten der ganzen Welt arbeitet: Börsengeschäfte (Sitz an der Zürcher Börse), Anlageberatung und Vermögensverwaltung, Betriebs- und Investitionskredite, Finanzierung von Handelsgeschäften, Devisenhandel, Akkreditive.

BANK HOFMANN AG
ZÜRICH

Talstrasse 27, Telefon 01/211 57 60

Herbsttriebe im schweizerischen Blätterwald

«Die Woche» vs. «Die Weltwoche»?

Gleich drei politische Presseerzeugnisse sollen diesen Herbst die schweizerische Medienlandschaft bereichern: Mit «Die Woche» und ihrem französischsprachigen Pendant «L'Hebdo» lanciert das Haus Ringier ein gesamtschweizerisches Nachrichtenmagazin; zwei ehemalige Journalisten haben mit Unterstützung mehrerer Verlagshäuser ebenfalls ein Magazin — «Le Temps — Suisse et International» — für die Romandie angekündigt, und die «Wochenzeitung» soll der Deutschschweiz eine wöchentlich erscheinende (linke) «Gegeninformation» liefern.

Von den beiden Magazinprojekten kann nur jenem von Ringier ernsthafte Chancen eingeräumt werden. Als grösster schweizerischer Pressekonzern verfügt dieser Verlag über ausreichende (personelle und finanzielle) Ressourcen. Zudem hat er vor kurzem seine Absicht bekanntgegeben, sich voll auf die Printmedien zu konzentrieren. «Le Temps» krankt bereits vor Erscheinen an finanziellen Schwierigkeiten. Die «Wochenzeitung» ist für die linke Szene bestimmt.

Ringier-Vorstoss auf den lukrativen Wochenzeitungsmarkt

Mit «Die Woche» stösst der Zofinger Presseriese auf den kleinen, aber einträglichen Schweizer Wochenzeitungsmarkt vor und bricht damit in eine Domäne ein, die bis anhin von der vom Verlag Jean Frey AG in Zürich herausgegebenen «Weltwoche» unbestritten beherrscht wurde. Was lag für den «Freisinn» also näher, als beide neuen ungleichen Konkurrenten über deren Pläne zu befragen? Christian Beusch sprach mit den für die Berichterstattung aus dem Bundeshaus Verantwortlichen: Marcel H. Keiser von «Die Weltwoche» und Frank A. Meyer von «Die Woche»/«L'Hebdo». Die Interviews finden Sie auf dieser Seite.

Konsequenzen gezogen

Bei einer stagnierenden Bevölkerungszahl wird der Markt im Bereich der gedruckten Medien immer härter. Ringier hat daraus bereits Konsequenzen gezogen: Statt vieler, zum Teil gleichartig aufgemachter Zeitschriften, die sich an ein unbestimmtes Zielpublikum richteten, wurden in den letzten Jahren die einzelnen Titel einem bestimmten Leserkreis zugeordnet. Nach dieser Erfassung der verschiedenen Leserschichten hat sich, so Ringier-Direktionspräsident Heinrich Oswald, gezeigt, «welche Thematik nicht ab-

gedeckt ist». Darunter figurieren, wie er folgerte, «zukunftssträchtige inländische Themen von nationaler Bedeutung oder globale Fragen mit Rückwirkung auf die Schweiz».

Kampf der Diadochen?

Aber nicht nur die Segmentierung des Lesemarktes dürfte Ringier zur Lancierung des jüngsten Verlagskindes bewegen haben. Die seit Jahren andauernde Politik der Nadelsticheleien zwischen den Verlagen Ringier und Jean Frey, die bei einzelnen Verlagstiteln (so «Blick», «Weltwoche», «Annabelle»), aber auch bei Druckereien miteinander kapitalmässig verflochten sind, können nun auf einer zusätzlichen Ebene fortgesetzt werden: Der Jean Frey-Verlag muss die Ringier-Ankündigung als Kampfansage empfinden, ist die Attacke doch gegen die finanziell lukrative, in seinem Mehrheitsbesitz sich befindende «Weltwoche» gerichtet. Jean Frey ist auf diese Herausforderung hin nicht untätig geblieben: Die betulich aufgemachte «Weltwoche» wurde graphisch aufgemotzt, personelle Umbesetzungen wurden vorgenommen, und insbesondere wurde die Inlandberichterstattung ausgebaut. Die offizielle Sprachregelung lautet allerdings (wen wundert's?) anders und wird von Marcel H. Keiser im Interview auf dieser Seite erneut vorgetragen: Die Änderungen sind schon längere Zeit geplant gewesen; die zeitliche Uebereinstimmung mit dem Erscheinen der «Woche» ist rein zufällig...

Der Leser als Gewinner?

Freuen darf sich über diese plötzliche Konkurrenz der Leser. Mit dem Engagement von Frank A. Meyer ist es Ringier gelungen, für sein Vorhaben einen Chef Bern — und zugleich Mitglied der dreiköpfigen Chefredaktion — zu gewinnen, dessen journalistische Fähigkeiten über alle Zweifel erhaben sind, wenn auch seine politische Interpretation nicht immer ungeteilten Beifall findet.

Mit der Verstärkung der Bern-Redaktion der «Weltwoche» durch Bruno Frangi soll der Berichterstattung aus dem Bundeshaus offensichtlich vermehrt Gewicht beigemessen werden, nachdem diese bis anhin eher ein Mauerblümchendasein fristete. Die zum Teil fundiert recherchierten, zum Teil aber auch aufgebauchten (Enthüllungs-)Stories von Marcel H. Keiser haben «Die Weltwoche» auf besondere Weise in Bern «profilieren».

Die weitere Zusammensetzung der «Woche»-Redaktion, die von Hans-Peter Lebrument geleitet wird, der die «Bündner Zeitung» («Alpen-Blick») finanziell und redaktionell auf Erfolgskurs brachte, ist wohl personell bekannt, doch lässt sich daraus kein Bild über die zukünftige redaktionelle Linie des Magazins ableiten. Stark vertreten sind im «Woche»-Team frühere Mitarbeiter des Deutschschweizer Fernsehens.

Anders die Situation bei der «Weltwoche»: Um einen «harten

«Weltwoche»: «Keine Angst vor der „Woche“!»

«Der Freisinn»: Die Weltwoche ist nicht mehr die einzige politische schweizerische Wochenzeitung. Dieser Tatsache wurde mit einem «Facelifting» Rechnung getragen. Genügt das?

Marcel H. Keiser: Zwischen dem Erscheinen der «Woche» und den Änderungen bei der «Weltwoche» besteht kein Zusammenhang. Es ist purer Zufall, dass verschiedene, bereits länger zur Diskussion stehende Ideen für eine Neukonzeption der «Weltwoche» gerade jetzt verwirklicht werden. Ziel ist vor allem eine flexiblere Blattgestaltung und Erhöhung der Leserattraktivität.

Immerhin wurden aber neben dem äusseren Erscheinungsbild auch personelle Änderungen vorgenommen. Das Journalistenmagazin «Klartext» titelte: «„Die Weltwoche“ — vom Staub befreit.»

Hans O. Staub war, ist und bleibt Chefredaktor der «Weltwoche». Ziel der getroffenen Änderungen ist eine Stärkung der Effizienz und eine bessere Berücksichtigung der persönlichen Fähigkeiten und Neigungen der Mitglieder der «Weltwoche»-Redaktion.

Wurde die «Weltwoche» durch das Erscheinen des neuen Magazins aus einem Schlaf geweckt?

Nein, die «Weltwoche» hat nicht geschlafen. Sie bietet eine umfassende Information über das Geschehen im In-

DIE WELTWOCH



und Ausland und besitzt einen Kulturteil, dem allgemein Achtung gezollt wird. Aufmerksam werden in der «Weltwoche» auch die gesellschaftlichen Veränderungen registriert.

Dennoch wurde die «Bern»-Berichterstattung der «Weltwoche» nicht immer nur gelobt.

Zu Unrecht: «Bern» war für die «Weltwoche» nie Niemandsland. Wir sind seit Jahren in der Bundesstadt präsent und haben die «Bern»-Redaktion personell verstärkt.

Aber die «Weltwoche» kann doch nicht nur von den Enthüllungsgeschichten eines Marcel H. Keiser leben?

Das tut sie auch nicht. Obwohl wir heute als einziges schweizerisches Presseerzeugnis einen derart angriffligen, hart, aber seriös recherchierenden Stil pflegen. Zudem: Nobody is perfect! Wir streben ein gesünderes, noch ausgewogeneres Verhältnis zwischen reflektierendem und recherchierendem Journalismus an. Im Sinne von Orientierungshilfe soll dem Leser vermehrt Hintergrund vermittelt werden. Die anspruchsvolle Reportage soll eine besonders pflegliche Behandlung erfahren. Schwachstellen unseres Blattes sehe ich heute in den Bereichen Sport, Gastronomie und Mode. Trotz Hinweis auf gewisse Verbesserungsmöglichkeiten bin ich entschieden der Meinung, die «Weltwoche» — gegliedert in die Hauptressorts Ausland, Schweiz, Kultur und Gesellschaft — bietet der Leserschaft eine überaus breite Palette an wissenschaftlichem und kompetent geschriebenem Stoff.

Die «Weltwoche» musste in jüngster Zeit einen massiven Aufwärtsschub hinnehmen.

Ja, dies trifft zu. Die per Mitte dieses Jahres beglaubigte Auflage beträgt mit über 102 000 Exemplaren rund sieben Prozent weniger als jene, die 1978 er-

mittelt wurde. Gleichzeitig konnte jedoch die Leserzahl von 238 000 auf 255 000 gesteigert werden. Entscheidend ist letztlich für die Werbewirtschaft nicht die Auflage, sondern die sogenannte Reichweite, also die Zahl der Leser. Und da haben wir doch deutlich zugelegt.

Wo liegt der Grund für diesen Aufwärtsschub?

Des Rätsels Lösung heisst Optimierung: Der Verlag hat konsequent die Auflage zurückgenommen, insbesondere im Auslandsbereich. Dies wurde nötig, weil extreme Kostensteigerungen den Verlag zwangen, das Exportgeschäft nur mehr gerade kostendeckend aufrechtzuerhalten. Andererseits wurde erfolgreich das inländische Abonnementsgeschäft forciert. Der Grund für die gesunkene Auflage liegt also nicht bei der redaktionellen Leistung. Und die Zunahme an Inland-Abonnements widerlegt die auch von Ihnen vorhin zitierte Behauptung, der Inlandteil der «Weltwoche» sei ungenügend.

Soll die Auflage noch weiter zurückgenommen werden?

Nein. Wir sind vorerst zufrieden, wenn die schweizerische Auflage über 100 000 Exemplaren liegt.

Welche politische Linie verfolgt die «Weltwoche»?

Sie steht zu den Grundwerten dieses Staates, ist offen gegenüber neuen Strömungen und tritt für eine Progressivität mit Mass ein.

Wie möchten Sie die Redaktion politisch situieren?

Konsequenz der pluralistischen Zusammensetzung der Redaktion ist, dass alle Strömungen vertreten sind. Die Redaktion kann also nicht in dieses unglückliche Rechts-Links-Schema eingepasst werden, ebensowenig wie sie sich parteipolitisch zuordnen lässt.

Welche Chance geben Sie der «Woche»?

Die «Woche» fällt natürlich nicht in ein Vakuum, auf einen weissen Fleck der Presselandschaft: Das Territorium ist heute vielmehr ziemlich lückenlos abgedeckt. Jedenfalls muss das neue Presseerzeugnis zu einem sehr harten Verdrängungswettbewerb antreten, dem wir unsererseits nach der Parole «Ernst nehmen, aber nicht überbewerten!» gelassen entgegenblicken. Bezüglich der Marktchancen des welschen Pendant zur «Woche» — «L'Hebdo» — erklärte der Ringier-Generaldirektor, er wisse nicht, ob der westschweizerische Markt zwei Magazine trage, aber er habe bestimmt Platz für das Ringier-Erzeugnis. In Analogie zu dieser fundamentalen generaldirektorialen Einsicht antworte ich auf diese Frage: Ich weiss nicht, ob der Markt in der deutschen Schweiz, und um den geht es ja hier, zwei politische Wochenzeitungen verkraftet — aber er trägt gewiss immer eine «Weltwoche».

Wollen Sie mit Ihrem «Weltwoche-Magazin» das Magazin die «Woche» konkurrenzieren?

Nein; denn das «Weltwoche-Magazin» ist als Supplement integrierender Bestandteil der «Weltwoche». Das Magazin wird sich Themen annehmen, die in besonderem Masse der Unterstützung



Marcel H. Keiser: «Weltwoche» bietet breite Palette an wissenschaftlichem und kompetent geschriebenem Stoff.

durch das Bild bedürfen oder durch die Verwendung von Bild und Farbe präziser oder vertiefter darstellbar sind.

Welches ist Ihre Meinung zum «Woche»-Konzept?

Die Beschränkung auf schweizerische Themen hat zwei Aspekte: Zum einen ist es sehr weise, zum andern äusserst problematisch. Weisse sage ich, weil die «Woche» sich nun nicht der Gefahr aussetzt, mit ausländischen Erzeugnissen verglichen zu werden. Umgekehrt enthält das Konzept eine höchst fragwürdige Verengung, da es auch die Schweiz nur in einem internationalen Bezugsetz gibt. Hinter den institutionalisierten Provinzialismus im «Woche»-Konzept setze ich also ein grosses Fragezeichen.

Das «Woche»-Konzept sieht vor, dass die Redaktion nicht als Meinungsmacher in Erscheinung tritt, während die «Weltwoche» regelmässig Kommentare und Kolumnen ihrer Mitarbeiter publiziert.

Die «Woche» kann gar keine Meinung veröffentlichen, da ihr, ausgenommen Frank A. Meyer, die entsprechenden Persönlichkeiten fehlen. Die «Weltwoche» verfügt in sämtlichen Bereichen über hervorragend qualifizierte Journalisten. In ihr schreiben im Gegensatz zur «Woche» Leute, die tatsächlich etwas zu sagen haben und berechtigterweise einen publizistischen Namen besitzen.

Hat die «Weltwoche» Angst vor der «Woche»?

Im Zeitalter der elektronischen Medien ist es für mich bewundernswert, dass jemand den Mut hat, ein neues Printmedium auf den Markt zu bringen. Ich begrüsse jede Form von Konkurrenz, denn sie zwingt einen, die eigene Position laufend zu überprüfen und sämtliche Kräfte zu mobilisieren. Bei der «Weltwoche» haben wir deshalb auch keine Angst vor der «Woche».

Könnten Sie sich einen Frank A. Meyer bei der «Weltwoche» vorstellen?

Ja, zweifellos.

Und einen Marcel H. Keiser bei der «Woche»?

Warum nicht? — Allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen.



Redaktionskonferenz bei der «Weltwoche». Auf dem Bild v.l.n.r.: Erich Gysling, Marcel H. Keiser, Rudolf Bächtold, sv. Chefredaktor.

Kern» von Redaktoren, die schon seit Jahren mit dabei sind, hat sich eine personell beachtliche Liste von Kolumnisten (so Oskar Reck, François Bondy u. a.) gruppiert, die das Gesicht dieser Wochenzeitung prägen.

Offene Fragen

Wenn Marcel H. Keiser in obestehendem Interview feststellt — und ihm beizupflichten ist —, dass die deutsche Schweiz immer eine «Weltwoche» verkraften wird, so ist ebenso zu vermerken, dass auch «Die Woche» ihre Le-

ser haben wird. Schwieriger ist die Chance für «L'Hebdo» in der von französischen Magazinen bereits überfluteten Westschweiz abzuschätzen. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass «L'Hebdo» für Ringier zu einem teuren Prestigeobjekt wird.

Dennoch bleiben offene Fragen. Was will der Deutschschweizer Leser: Reflektierende Kommentare, geschrieben von prominenten Kolumnisten in der «Weltwoche» oder recherchierte Berichte à la «Woche»? Die Antwort dürfte ein Sowohl-Als-auch sein. «Die Woche» ist elitär oder

gibt sich zumindest (noch) so. Ob das Renommierstück aus dem Hause Ringier zu Oswalds «Freude seines Alters» wird, wie der Ringier-Direktionspräsident selbstbewusst erklärte, wird erst die Zukunft weisen. Immerhin hat er für seinen jüngsten Verlagsprozess (offiziell) eine Durststrecke von sechs Jahren ins Auge gefasst. Wer also i. S. «Die Woche» vs. «Die Weltwoche» zweiter Sieger sein wird, steht noch offen — Erster werden die Leser sein, wenn nicht im Laufe dieses Ringens eine Niveauanpassung nach unten vorgenommen wird.

Platzt Ihre Fabrik aus allen Nähten? Dann helfen wir Ihnen, sozusagen nahtlos eine neue masszuschneiden.

Die Gesamtplanung lösen wir Schritt für Schritt mit allen dazugehörigen Dienstleistungen, wie z.B. Materialfluss- und Layout-Planung, Lagerplanung, Organisation, Bauplanung. Die schlüsselfertige Ausführung übernehmen wir mit Qualitäts-, Termin- und Kostengarantie. Für die Verbindung von Nahtstellen, die bei interdisziplinären Problemen immer entstehen, garantiert Geilinger als Planer und Generalunternehmer.

Geilinger AG Dept. Planung und Generalbau
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/2274 34
CH-1462 Yverand, Tel. 024/3117 31

GEILINGER

**«Die Woche»:
«Wir wollen einen spezi-
fisch schweizerischen Stil»**

«Der Freisinn»: Weshalb ein schweizerisches Magazin?
Frank A. Meyer: Man muss davon ausgehen, dass es in der Schweiz noch kein Wochenmagazin gibt. Deshalb ist diese Zeitungsform eine Herausforderung an einen Verlag, der sich in einer neuen Richtung entwickeln möchte. Das Haus Ringier hat sich bis jetzt stark auf Zeitungsform mit Unterhaltungscharakter gestützt. Das Magazin «Die Woche»/«L'Hebdo» weist in die neue Richtung. Neben allen konzeptionellen und kommerziellen Überlegungen steckt hinter der Idee von «Die Woche»/«L'Hebdo» aber auch ein grosses staatspolitische Engagement: Es wird das erste und einzige gesamtschweizerische Printmedium geschaffen. Eine Redaktion in Lausanne und eine Redaktion in Zürich konzipieren gemeinsam zwei Magazine, die sich zwar inhaltlich zum grössten Teil decken, die aber journalistisch eigenständig hergestellt werden. Die zweisprachige Redaktion in Bern erfüllt dabei eine Brückenfunktion.

Sind Sie überzeugt davon, dass ein Markt für ein solches Produkt vorhanden ist?
Davon bin ich völlig überzeugt, wobei es ganz bestimmt auch darauf an-

DIE WOCHE



kommt, eine notwendige Durststrecke durchzuhalten. Ringier erfüllt diese Voraussetzung.

Finden Sie nicht, dass der Wochenzeitungs-Inlandinformationsmarkt durch die «Weltwoche» bereits abgedeckt ist?
Sicher nicht. Die «Weltwoche» ist eben die «Welt-woche», mit viel Welt und einem Teil Schweiz. Unsere Idee ist eine andere: sehr viel Schweiz.

Also kein Auslandteil?
Das Ausland wird in «Die Woche»/«L'Hebdo» nicht in Form eines Auslandsteiles zu finden sein. Auslandgeschehen wird, von der Politik über die Kultur bis zur Wirtschaft, immer dann zu finden sein, wenn sich ein Bezug zur Schweiz ergibt, wenn mithin ein Interesse des Schweizer Lesers vorhanden ist. Ein provinzielles Schweizer Organ werden wir sicher nicht sein.



«Die Woche»/«L'Hebdo»-Spitze (v. l. n. r.): Hanspeter Lebrument, Chefredaktor, Jacques Pilet, Chefredaktor «L'Hebdo», Frank A. Meyer, Leiter Redaktion Bern.

Ist «Die Woche» Hauptkonkurrent der «Weltwoche»?

Ich bin nicht sicher, ob wir Hauptkonkurrent der «Weltwoche» sein werden. «Die Woche» hat als Magazin gar keinen direkten Konkurrenten. Es gibt kein anderes Magazin.

Sie sehen also in der Magazinform den Hauptunterschied zur «Weltwoche»?

Der Unterschied zwischen unserem Magazin und der traditionellen Wochenzeitung «Weltwoche» ist der erste Unterschied, den der Leser bemerken wird. Aber wir streben natürlich auch im Journalismus einen Unterschied an: Es ist ganz klar, dass man ein Magazin nicht mit Artikeln abfüllen kann, die in einer Tageszeitung oder in einer traditionellen Wochenzeitung Platz fänden.

Welchen Stil wollen Sie pflegen?

Wir müssen einen spezifisch schweizerischen Magazinstil entwickeln. Wir werden kein kleiner «Spiegel» und auch kein kleiner «Nouvel Observateur» sein. Wir geben dem Journalismus, der Fakten und Zusammenhänge vermittelt, eindeutig den Vorzug vor dem Kommentierjournalismus. Kommentierung werden wir, so weit dies möglich ist, direkt Betroffenen überlassen. Damit wird nämlich die Kommentierung wieder zur Vermittlung von Fakten und Zusammenhängen.

Heisst das, dass die Redaktion keine eigene Meinung hat?

Das heisst es bestimmt nicht. Es ist unmöglich, fundierten Journalismus mit Journalisten zu betreiben, die keine eigene Meinung haben. Journalisten ohne Standpunkt sind nicht standfest. Aber wir verzichten auf den traditionellen Meinungsjournalismus, den die Schweizer Leser landauf und landab schon im Uebermass vorgesetzt erhalten.

Wie möchten Sie die politische Linie Ihres Magazins definieren?

«Die Woche» bekennt sich zu den demokratischen Werten unseres Landes. Wir werden liberal sein. Dies im inhaltlichen Sinne des Wortes, nicht im parteilichen. Die konkrete Ausrichtung ergibt sich aus der journalistischen Arbeit und aus der journalistischen Vielfalt.

Wie möchten Sie die Redaktion in ihrer heutigen Zusammensetzung situieren?

Ich kann aus der Zusammensetzung

unseres Teams keine politische Ausrichtung ablesen.

Wie läuft die Meinungsbildung in der Redaktion vor einer eidgenössischen Abstimmung?

Wir werden das Thema ausleuchten, die Fakten liefern, die Zusammenhänge aufzeigen...

Aber Sie werden doch irgendwelche Präferenzen zum Ausdruck bringen?

Sicher nicht in kommentierender Form.

Aber die Auswahl Ihrer Beiträge bringt doch gewisse Präferenzen zum Ausdruck?

Nein. Wir werden die Artikel nicht so auslesen, dass sie auf eine Meinung zusteuern, die wir zum voraus festlegen. Aus den Recherchen, die wir liefern, soll sich der Leser seine Meinung bilden. Das ist die Aufgabe des Magazins.



Frank A. Meyer: Vom Unternehmer wieder zum Journalisten.

Sie wollen doch nicht sagen, dass beispielsweise ein «Spiegel» nicht politische Präferenzen zum Ausdruck bringt?

Sicher hat der «Spiegel» eine klare politische Meinung, wenn er kommentiert. Uns geht es darum, die Fakten zu liefern.

Wie beurteilen Sie die Reaktion der «Weltwoche» auf die Ankündigung des Erscheinens der «Woche»?

Ich bin als Journalist immer froh, wenn eine Konkurrenz versucht, ihre Leistung zu steigern. Gute Leistungen in meinem Beruf freuen mich, auch wenn sie in andern Redaktionen stattfinden.

Noch einige Fragen persönlicher Natur: Sie waren bis anhin Mitinhaber eines erfolgreichen Pressebüros. Weshalb sind Sie zu Ringier gegangen?

Weil ich glaube, mich in diesem Verlag und in meiner neuen Aufgabe journalistisch besser verwirklichen zu können. Als Geschäftspartner im Büro Cortesi hatte ich ein stark aufgesplittertes Aufgabengebiet: Anteil an der Geschäftsführung, Ausbildung, Werbung, Mitarbeit an der Regionalzeitung «Biel-Bienne» und anderes. Die Möglichkeit, Journalismus auf schweizerischer Ebene zu betreiben, war beschränkt. Jetzt, bei Ringier und bei der «Woche»/«L'Hebdo», kann ich mich voll auf meinen Journalistenberuf konzentrieren. Zusammen mit Mario Cortesi habe ich den Aufbau des Büro Cortesi dreizehn Jahre lang entscheidend betrieben und bestimmt. Das war anstrengend und hat aus mir einen Unternehmer gemacht. Jetzt will ich wieder Journalist sein, wobei ich offenlasse, ob ich nicht mal wieder Lust am Unternehmerrischen bekomme.

Wie fühlen Sie sich in einem Hause, das auch «Blick» und «Glückspost» herausgibt, bei dem ein liberaler Chefredaktor nicht ganz freiwillig ausgeschieden ist?

Im Fall «LNN» möchte ich mich nicht äussern. Persönlich fühle ich mich wohl. Ich hatte schon früher, als ich noch nicht bei Ringier war, nie Probleme, dass es «Blick» gibt, dass es die «Glückspost» gibt. Die Leserszahlen zeigen, dass diese Organe auch verlangt werden.

Sie sind also Anhänger der täglichen Abstimmung am Kiosk?

Ich würde das nicht so formulieren. Aber es ist sicher richtig, dass Leserszahlen aussagekräftig sind. Ich hatte nie Probleme mit dem sogenannten Boulevard-Journalismus oder mit Unterhaltungs-Journalismus. Es sind journalistische Formen, von denen ich gelernt habe, von denen übrigens auch Zeitungen lernen könnten, die sich selbst als überaus seriös betrachten.

Sie sind jetzt wieder in Bern, wo Sie begonnen haben. Wie wollen Sie dem Schweizer «Bern» verständlich machen?

Das ist derzeit meine kniffligste journalistische Aufgabe: Es ist die feste Absicht unserer zweisprachigen Redaktion in Bern, attraktiven bundespolitischen Journalismus zu betreiben. Zu diesem Zweck hat «Die Woche»/«L'Hebdo» eine ausgebauten Redaktion in der Bundesstadt. Wir messen der Bundespolitik und damit auch «Bern» eine grosse Bedeutung zu. Die Politik soll gerade deshalb verständlich, leicht fasslich und wenn möglich unterhaltend an unsere Leser herangetragen werden. Man soll wieder Lust haben, Politisches zu lesen. Wenn uns das gelingt, ist uns viel gelungen.

Leserbriefe

Für eine differenzierte Meinungsbildung

Unter dem Thema «Entwicklung heisst Befreiung» fand im Mai letzthin in Bern ein aus der ganzen Schweiz gut besuchtes Symposium zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit statt. Die aus den Referaten und Diskussionen resultierenden Thesen dieser Arbeitstagung, an welcher sich die verschiedensten Organisationen für Entwicklungshilfe beteiligten, werden nun im Artikel «Welche Entwicklungshilfe?» in Nr. 7 des «Freisinn» wie mir scheint einseitig angegriffen und verurteilt.

Gerade als Mitglied der FDP, für den im weitesten Sinne liberales Gedankengut ich mich einsetze, kann ich mich den Anliegen, die hier in Sachen Entwicklungszusammenarbeit geltend gemacht werden, nicht verschliessen. Ich bin gespannt, wie der Bundesrat auf die von der freisinnigen Fraktion der Bundesversammlung eingereichte Interpellation zu dieser Sache reagieren wird.

Die Interpellation der FDP-Fraktion nennt neben der politischen Linken «entwicklungspolitische Splittergruppen und Informationsstellen», welche der offiziellen Entwicklungspolitik unseres Landes entgegenstehen und an ihr Kritik üben. Bei diesen sogenannten Splittergruppen handelt es sich aber um (auch von bürgerlicher Seite durchaus ernstzunehmende) bestinformierte, vor allem kirchliche Kreise katholischer und reformierter Konfession. Gerade diese Kreise haben ja eine jahrzehntelange Erfahrung in Problemen der Dritten Welt durch die Missionsarbeit und ökumenischen Kontakte. Sie setzen sich ohne eigene Interessen ein für bessere Information und Einsicht in die ungeheuer schwierigen und vielschichtigen Zusammenhänge, welche in der Dritten Welt Entwicklung und Befreiung der dortigen Völker erschweren oder gar verunmöglichen.

Es stimmt nicht, wie dies im genannten Artikel gesagt wird, dass das Symposium einhellig die Ansicht vertrat, «nur eine sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft könne eine Beseitigung von ungerechten Strukturen gewährleisten. Und dass deshalb sinnvolle Entwicklungsarbeit in erster Linie darin bestehe, revolutionäre Bewegungen zu unterstützen.»

Das Thema «Entwicklung heisst Befreiung» spricht mich auch als liberal denkenden Bürger an. Es stellt mir die Aufgabe, darüber nachzudenken, was für Zwänge innerhalb unserer liberalen Gesellschaftsordnung, zum Beispiel Zwänge zu Wachstum und Profit, die Völker der Dritten Welt und uns selbst unfrei machen und dadurch bedrohen. Am Symposium in Bern hörte ich gar nicht nur Stimmen, die den Sozialismus oder gar Kommunismus als die Lösung anpriesen!

Ich bin überzeugt, dass wir gut daran tun, die kritischen Thesen des Symposiums nicht als sachlich unbegründet von uns zu weisen. Vielmehr sollten wir sie in allen Kreisen des Freisinn offen zur Kenntnis nehmen und uns eine eigene, differenzierte Meinung zu bilden versuchen. Es handelt sich in dieser Sache nicht nur um einen parteipolitischen Zankapfel. Es geht um eine Frage unseres Mensch- und Mitmenschseins schlecht-hin.

Elisabeth Buri-Lindt, Thun

Création La Paz.

Es ist schon ein besonderes Vergnügen, kostbare Cigarren von vollendeter Form zu geniessen. Denn nichts geht über die Freuden von Auge und Gaumen.

Die «Geschmacks-Designer» von La Paz haben sich dieses uralten Gesetzes erinnert. Aus nur erstklassigen Tabaken haben sie eine ausgewogene Mélange komponiert, sie mit einem Umblatt von gleichmässiger Glimmfähigkeit und einem besonders makellosen Deckblatt zur Abrundung des aromatisch-milden Geschmacks umhüllt.

Und so die Extra Mild Panatellas mit künstlerischer Perfektion kreiert. Ohne Kunstgriffe. Und rein wie die Natur.

Die Cigarrenmacher von La Paz sind eben ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Echte Connaisseurs wissen das.

Seit 1813.



Cigarros Autenticos.

Extra Mild Panatellas von La Paz in 10er-Blechdosen zu Fr. 7.50
Nur im guten Fachhandel.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

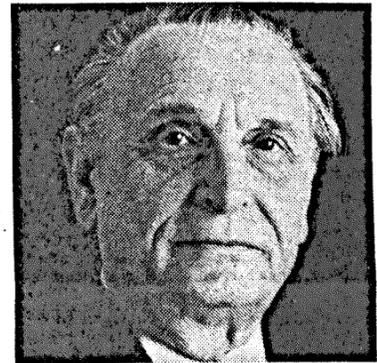
Terminkalender

August	
28./29.	Delegiertenrat (keine a. o. Delegiertenversammlung)
September	
21.-9. 10.	Session eidgenössische Räte
24.-26.	Kongress Liberale Weltunion in Spoleto (Italien)
28.	Geschäftsleitung
Oktober	
30.	Delegiertenrat
31.	a. o. Delegiertenversammlung
November	
5./6.	Reservedatum
29.	Eidg. Volksabstimmung
30. bis 18. 12.	Session eidgenössische Räte
Dezember	
9.	Vereinigte Bundesversammlung
18.	evtl. Delegiertenrat



Liberale Leute

Am 29. Juli feierte alt Nationalrat Albert Mossdorf seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar gehörte von 1951 bis 1964 dem Zürcher Kan-



tonsrat und von 1963 bis 1967 dem Nationalrat an. Nach seiner im Frühjahr 1967 erfolgten Wahl in den Regierungsrat leitete Albert Mossdorf vorerst die Militär- und Polizeidirektion und übernahm dann 1971 die Finanzdirektion der er bis zu seinem Rücktritt im Frühjahr 1979 vorstand. — Albert Mossdorf war ein liberaler Politiker mit einer ausgeprägten sozialen Ader, dem der Wohlstand für alle, die materielle Besserstellung der unteren und mittleren Einkommenschichten ein besonderes Anliegen war. Unter seiner

Führung brachte die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren ihre richtungweisenden Untersuchungen zum schwierigen Thema einer vernünftigen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zum Abschluss. Darüber hinaus kam es in demselben Gremium unter seiner Führung zu einer Einigung über ein neues Rechnungsmodell der öffentlichen Haushalte.

Am 8. September kann in Zug alt Nationalrat Dr. Manfred Stadlin seinen 75. Geburtstag feiern. Nach



einem juristischen Studium an der Universität Zürich war der Jubilar von 1936 bis 1956 Redaktor am «Zuger Volksblatt». Von 1935 bis 1940 betreute er als Sekretär die Freisinnig-Demokratische Partei seines Heimatkantons, die er von 1942 bis 1959 präsidierte. Dem Zuger Kantonsparlament gehörte er von 1934 bis 1954 an und stand ihm 1949/50 vor. Während zweier Dezennien war der gebürtige Zuger Mitglied der eidgenössischen Volkskammer, in die er 1947 gewählt wurde. Während eines Jahrzehnts war er zudem als einer der Vizepräsidenten der FDP der Schweiz in der Bundespolitik engagiert. Ein Vierteljahrhundert, wovon fünf Jahre als Vorsitzender, gehörte er dem Zuger Obergericht an.

Blanko-Abstimmungsdaten 1982

Der Bundesrat hat die Blanko-Abstimmungsdaten für eidgenössische Abstimmungen im Jahre 1982 wie folgt festgelegt:

- 7. März
- 6. Juni
- 26. September
- 28. November

Haben Sie ihn schon?

Den Jahresbericht der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), der auch Auskunft über die Arbeit der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung gibt. Wenn nicht, so können Sie ihn mit untenstehendem Talon unentgeltlich beziehen.

Ideen, Köpfe, beherzte Taten: **FDPO**

Les radicaux: du cran et du cœur.

Ja, senden Sie mir bitte den Jahresbericht 1980/81 der FDP der Schweiz zu.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

Fortsetzung von Seite 1

lungen auch sind, so einheitlich ist die daraus entstehende Gefahr: Es ist der Ruf nach Protektionismus und Interventionismus. Schon heute sieht man sich in bestimmten Ländern offenen oder raffiniert verschleierte Handels hemmnissen und wettbewerbsverzerrenden Massnahmen gegenüber, und die Gefahr ist gross, dass angesichts der erwähnten Entwicklungen, aber auch der teilweise enormen Arbeitslosenzahlen und der sozialen Unrast im Ausland der freie Welthandel vor einer schweren Bewährungsprobe steht. Protektionismus und wettbewerbsverzerrende Stützungs- und Förderungsbeiträge müssten aber für die schweizerische Wirtschaft besonders schwerwiegende Folgen haben.

Privat-contra Staatswirtschaft?

Dass es sich hier nicht um graue Theorie handelt, zeigt ein Blick in die Geschäftsberichte vor allem der grossen schweizerischen Exportfirmen: Diese stehen heute häufig in einem eigentlichen internationalen Verdrängungswettbewerb oder in einer Konkurrenzsituation gegen Staats- oder staatsgeschützte Konzerne, deren Preisbildung nicht mehr nach einer seriösen kalkulatorischen Kostenermittlung erfolgt. Die Folgen sind ständig sinkende Erträge bei zahlreichen schweizerischen Unternehmen trotz Vollbeschäftigung und Umsatzausweitung. So zeigen fast alle unsere grossen Industrieunternehmen der Maschinen- und Metall-, aber auch der chemischen und Nahrungsmittel-

industrie seit dem ersten Nachrezessionsjahr 1977 stark sinkende Cash-flow-Renditen bezogen auf den Umsatz: Bei BBC von 7,8 auf 4 Prozent in drei Jahren, bei Ciba-Geigy von 10,6 auf 8,7 Prozent, bei Nestlé von 7 auf 5,9 und bei Sulzer von 7,1 auf 5,1 Prozent.

Unbefriedigende Tendenz

Ich weiss und verstehe sogar, dass es Mühe bereitet, etwa zu glauben, dass es unserer chemischen Industrie schlecht gehen sollte. Es geht ihr glücklicherweise noch nicht schlecht, aber die Tendenz zeigt eindeutig sinkende prozentuale Erträge. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Uhrenindustrie, die vor wenigen Jahren auch noch zu den bestreitenden Branchen unseres Landes zählte. Innert weniger Jahre ist die Zahl der Beschäftigten um einige zehntausend gesunken, und einst blühende Unternehmen müssen in risikoreichen Notstandsübungen durch einen 300-Millionen-Zuschuss gerettet werden. Was wäre wohl in den betroffenen Regionen und im Bund passiert, wenn eine SSIH nicht durch eine freiwillige und anerkanntswerte Aktion der Banken gerettet worden wäre? Die Bewährungsprobe steht allerdings noch bevor. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wäre in einem solchen Fall ein Hilferuf auch nach Bern ergangen.

Es kann nicht genug betont werden, dass eine gute Ertragslage insbesondere für die schweizerische Wirtschaft (mit ihrem Zwang zu technisch hochstehenden Produkten und entsprechen-

Dem Referendum unterstellte Vorlagen

Unterschriften können gegenwärtig für sieben Referendumsvorlagen gesammelt werden (Frist: 28. September):

- Bundesgesetz über die Bezüge der Mitglieder der eidgenössischen Räte (Taggeldergesetz)
- Bundesgesetz über die Beiträge für die kantonale französischsprachige Schule in Bern
- Ausländergesetz (AuG)
- Getreidegesetz
- Bundesbeschluss betreffend die Ermächtigung des Bundesrates zur Annahme von Aenderungen des Übereinkommens von 1974 zum Schutze des menschlichen Lebens auf See
- Bundesbeschluss über die offizielle Qualitätskontrolle in der schweizerischen Uhrenindustrie
- Bundesbeschluss über die Elektrizitätsversorgung

den Entwicklungsaufwendungen, zu höchster Qualität und Anpassungsfähigkeit, mit bedeutenden Investitionskosten, mit ihrem Willen, die Mitarbeiter gut zu entlohnen und sozial abzusichern) eine absolut notwendige Voraussetzung ist.

Natürlich ist es in erster Linie Sache der Wirtschaft selbst, die sinkenden Ertragskurven umzukehren. Aber ähnlich wie im Staat sind auch in der Wirtschaft Tendenzwenden nicht leicht herbeizuführen und Sparübungen nur mit grössten Anstrengungen durchzuführen. Die öffentliche Hand sollte ihrerseits bei allen Entscheiden vermehrt die angespannte Ertragslage berücksichtigen und für die notwendigen Anpassungsmassnahmen der Privatwirtschaft Verständnis zeigen.

OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



ASH ★★★★★
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

Hot-Whirl-Pool · Sauna · Fitness
Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delway

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool · Sauna · Fitness
Grosser Parkplatz

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance

(erbaut 1606 - restauriert 1974)
Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft. Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 64 16 44
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)



Schloss Sargans

Ein lohnendes Ausflugsziel für Familien, Vereine, Firmen und Hochzeiten. Verschiedene Stuben und Rittersaal für Sitzungen, Konferenzen und Bankette. Historischer Ort und Heimatmuseum.

Ihr Besuch wird uns freuen!

Familie Peter
Telefon (085) 2 14 88

FIFDP29541

Erholung in der Ostschweiz

8-Tage-Intensivkur zur Entschlackung auf rein pflanzlicher Basis.

Speziell empfohlen bei
Leber/Galle- und Magen-
leiden.

- ideale Höhenlage (1000 m ü. M.)
- ruhig und sonnig gelegen im vor-
alpinen Appenzellerland
- im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
- viele Möglichkeiten zu Sport und
Wanderungen
- von den Krankenkassen anerkanntes
Haus zur Erholung

Nähere Auskunft: Inserat auf
Postkarte geklebt einsenden an:



Vogelinslegg 9042 Speicher AR
Tel. 071/94 23 44



auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.

Das ideale Hotel für erholsame Thermalbadeferien

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäder-
klinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Un-
fallnachsorgebehandlungen und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlens-
wert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

Spezialstudios für Behinderte
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:
Kurhotel Valens, CH-7311 Valens
Telefon (085) 9 37 14 (Frau Frehner verlangen)

PIZOL

Pizolhütte, 2227 m ü. M.
Im Sommer und Winter

Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende

Herrliche 5-Seen-Wanderung

Für den Winter – für Skiferien und Sporttage

Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Köhner.
Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.
Touristenlager für 80 Personen.

Wir laden Sie herzlich ein

Familie Peter Kirchhof, 7323 Wangs-Pizol, Telefon (085) 2 14 56/2 33 58

TIFDP88958

KABA STAR Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zuhaltungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Prägungen in Hunderstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.
- Zählt man alles zusammen, kommt man zum
Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist!

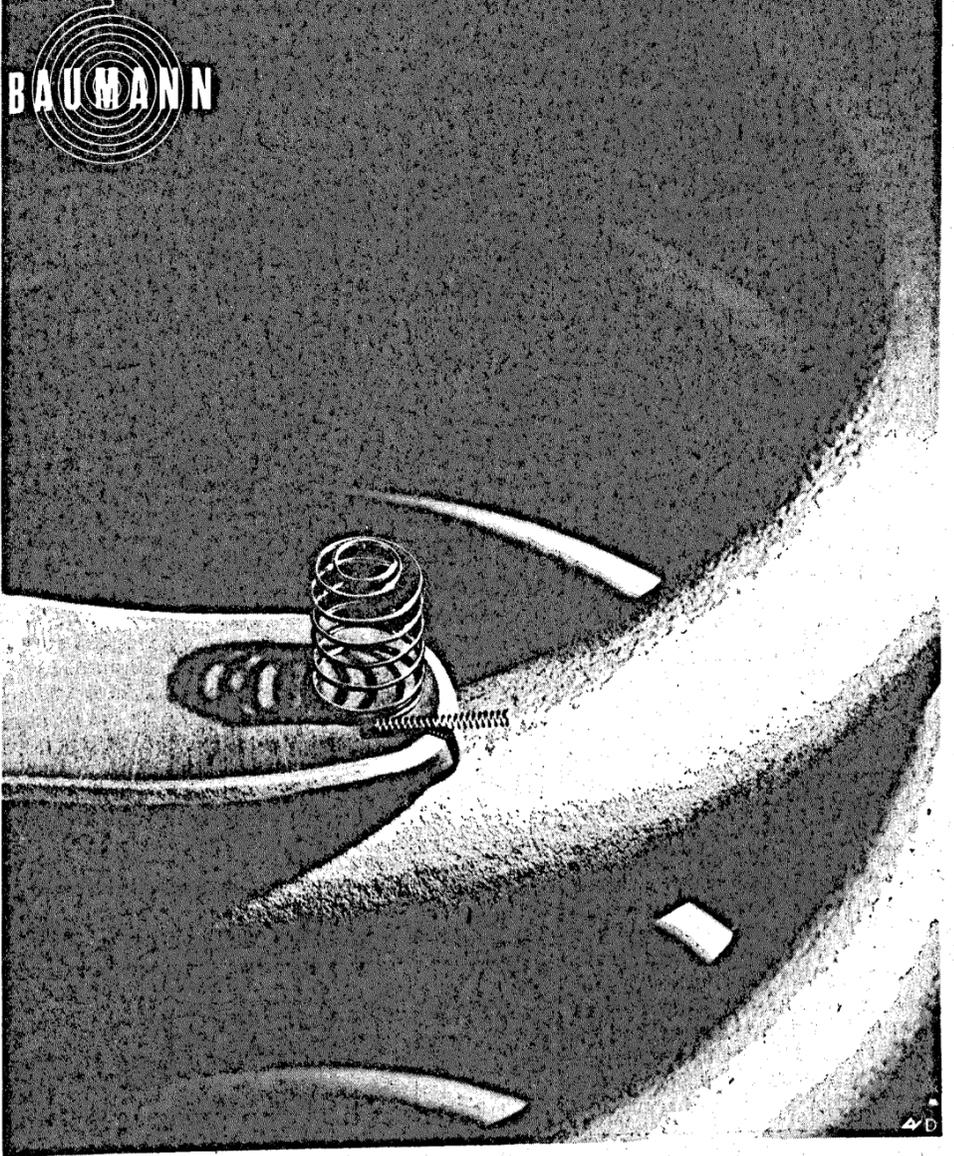
BAUER KABA AG

Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481

FEDERN

in jeder Grösse
für jede Verwendung

Baumann & Cie. AG
8630 Rüti/Zürich, Schweiz
Telefon: (055) 86 12 12



GESUCHT

in der Stadt
oder Agglomeration Zürich

BAULAND

für die Erstellung
von Ein- oder
Mehrfamilienhäusern.

GENERALBAU

Dienersstrasse 15
8004 Zürich
Tel. 01 242 10 20 **mathis ag**



St. Jakobskellererei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Mit der richtigen
Zeitungswerbung
können Sie Ihre
Konkurrenz leicht
übertönen.

Damit Ihre
Zeitungswerbung
ankommt.

ofa



Seltene Teppiche aus dem Iran Iran-Teppich Djalali

das Fachgeschäft für handgeknüpfte Teppiche

St. Gallen, Brühlgasse 17.
Telefon (071) 22 32 42

FIFDP82632

Vertrauen beim Bauen
Ist wichtig in
allen Arten darum nur



für Ihren Garten

Gartenbau Spross Zürich
Burstwiesenstr. 2 35 45 55

Altliegenschaften
sanieren?

Substanz
erhalten?
Dank reicher
Erfahrung
können wir Sie
professionell
beraten.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SCHAFFHAUSERSTR. 372, 8050 ZÜRICH

Beratung statt vermöbeln

Mögen Sie unwüchsige
Massivhölzer? Bei uns finden
Sie die verschiedensten Möbel
aus Föhre, Eiche, Ulme und
Nussbaum. Viele Modelle,
die Sie anderswo ver-
gebens suchen.

Möbelzentrum des Handwerks

Volketswil: Autobahnausfahrt
Richtung Uster, vis-à-vis Waro.
Tel. 01-945 55 81
Zürich: Uraniastrasse 28,
vis-à-vis Parkhaus Jelmoll.
Tel. 01-211 79 47

Star unter den Pianos

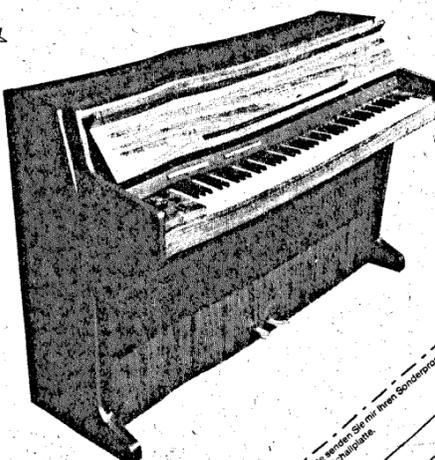
Dieses neuartige Musikinstrument vereint alle
bisherigen Klangvorstellungen herkömmlicher
Tastensinstrumente.

Beim WERSI-Pianostar verbinden sich die Vor-
teile der elektronischen Tonerzeugung mit der
Anschlagdynamik und dem Anschlaggefühl
mechanischer Tastensinstrumente.

- * WERSI-Pianostar kann Piano, E-Piano,
Spinett, Cembalo, Celesta, „Drahtkommode“,
Honky-Tonk-Piano bis hin zum gewaltigen
Konzertflügel klangecht wiedergeben.

Das große Klangspektrum wird noch durch
Banjo, Zither, Hawaii-Gitarre, zwei verschie-
dene Vibrati und Oktav-Slalom erweitert.

- * Lassen Sie sich doch den Pianostar in
einer unserer Filialen unverbindlich vor-
führen. Sie finden dort auch das grosse
Orgel-Selbstbau-Programm von WERSI.
Ihr Besuch wird zu einem musikalischen
Erlebnis.



Filialen:
Zürich, Hallwylstr. 71
Tel. 01 / 242 61 89
Bern, Eigerstr. 80
Tel. 031 / 45 48 48

Schreiben Sie mir über das Phänomen WERSI. Bitte senden Sie mir Ihre Sonderprospekte
mit den kostenlosen Demo-Schallplatten.
Name: _____
Anschrift: _____
Ausgewählte, auf eine
Preisliste zu sehen.

WERSI-electronic, Mels, Kauenstr. 4, Tel. 085 / 2 50 50

AMMANN Langenthal



Verkaufsberatung - Kundendienst
Ersatzteillager - Schulung Ihres Personals

AMMANN 4900 Langenthal
☎ 063 29 61 61 ☎ 68 446

Das freisinnige Detailhandelskonzept

Hilfe zur Selbsthilfe

Hilfe zur Selbsthilfe, Schaffung gleichlanger wettbewerbsspolitischer Spiesse, Ueberprüfung administrativer Auflagen sowie verstärkte Bewusstseinsbildung der Konsumenten über die gesellschafts- und versorgungspolitische Bedeutung des gewerblichen Detailhandels — dies sind die wesentlichen Folgerungen eines von der FDP vorgelegten Konzeptes «für eine realistische Detailhandelspolitik». Abgelehnt werden direkte Staatseingriffe, da die Chancen zum Ueberleben des selbständigen Detailhandels letztlich in den Selbsterhaltungskräften der Branche selbst liegen.

Das freisinnige Konzept ist kein ausgearbeiteter Massnahmenkatalog. Es will jedoch alle im Detailhandel Beteiligten anhalten, das eigene Schicksal vermehrt selbst in die Hand zu nehmen und durch effiziente Kooperation zu einer stärkeren Stellung zu gelangen. Nach Ansicht der FDP können die Probleme im schweizerischen Detailhandel nicht losgelöst von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung beurteilt werden: «Die Grundsätze der Marktwirtschaft müssen auch für den Detailhandel Gültigkeit haben.» Deshalb kann es nach freisinniger Auffassung nicht darum gehen, den Staat zu einem verstärkten Interventionismus und zu einer interventionistischen Strukturpolitik anzuregen, die den gewerblichen Detailhandel dem leistungsorientierten Wettbewerb in der Distribution entzieht. Das Schwergewicht des Konzeptes

und eine Revision des Kartellgesetzes vor allem im Bereich marktmächtiger Unternehmen.

Für «Charta des fairen Wettbewerbs»

Unterstützung findet von freisinniger Seite die Ausarbeitung einer «Charta des fairen Wettbewerbs». Sich anlehnend an ähnliche Bestrebungen im Ausland, finden gegenwärtig innerhalb der direktinteressierten Organisationen mit Unterstützung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes Gespräche über Verhal-

tensregeln zur Sicherung eines leistungsgerechten Wettbewerbs statt.

Grosse Bedeutung wird im freisinnigen Konzept auch dem Ausbau und der Verstärkung der Effizienz der bestehenden Selbsthilfeorganisationen des Detailhandels beigemessen und die Forderung nach vermehrten Marketingkooperationen gestellt. Beispiele aus der Praxis zeigten, dass mit derartigen Aktionen Erfolge verzeichnet und Marktanteile des selbständigen Detailhandels zumindest gehalten, wenn nicht gar vergrössert werden können.

Der Kampf angesagt wird im freisinnigen Konzept unnötigen administrativen Auflagen, vorab gewerbepolizeilicher Natur. Die damit verbundenen Arbeiten belasten kleinere Einheiten und vor allem Familienbetriebe weit stärker als Grossunternehmungen mit ausgebauten Verwaltungsorganisationen: «Es ist deshalb nicht unverständlich, dass kleine Detaillisten gewisse gesetzliche Auflagen oft als für ihre kleinbetrieblichen Verhältnisse unangemessen empfinden oder sich gar dadurch entmutigen lassen.» In ihrem Konzept appelliert die FDP auch an die Konsumenten, sich bei den Einkäufen vermehrt der gesellschafts- und versorgungspolitischen Bedeutung des selbständigen Detailhandels bewusst zu sein.

Mehrheitlich positive Aufnahme in den Massenmedien

Reges Interesse für Detailhandelsbericht

Auf ein ausserordentlich reges Interesse stiess in den Massenmedien der freisinnige Detailhandelsbericht. Und nach der Präsentation vor der Presse lief auf dem Generalsekretariat das Telefon heiss: Immer wieder wurde das Konzept angefordert. Auf ein positives Echo stiess das Detailhandelskonzept auch bei den direktinteressierten Verbänden, was als besonders erfreulich zu werten ist.

Die Bewertung in den Pressekommentaren fiel vorwiegend positiv aus. Einzig der CVP-Pressedienst fand sich, in Ermangelung eigener Aktivitäten auf diesem Sektor, zu Gifteleien veranlasst. Er «vergass» allerdings, dass sich die Freisinnigen nicht erst in den letzten Monaten, wie die CVP, der Probleme des mittelständischen Detailhandels annehmen: Bereits zu Beginn der siebziger Jahre haben die beiden freisinnigen Parlamentarier Dr. Hans Munz, thurgauischer Standesherr, und Dr. Otto Fischer, bernischer Volksvertreter, in beiden Räten gleichlautende Motionen eingereicht, in denen die Landesregierung aufgefordert wurde, einen Bericht «über die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und die dafür notwendige Aufrechterhaltung einer dezentralisierten Warenversorgung» zu erarbeiten. — Nachstehend eine Zusammenstellung von Pressekommentaren.

Ihren Prinzipien treu geblieben sind die Freisinnigen mit ihrem Detailhandelskonzept nach Ansicht mehrerer Kommentatoren. So schreibt Denis Barrelet in «24 heures»: «Le parti radical suisse est fidèle à sa doctrine. Lui qui ne cesse de réclamer „moins d'Etat“, il renvoie les petits commerçants en pleurs à eux-mêmes: à leur dynamisme, à leur sens de l'entraide.» In ähnlichem Sinn äussert sich auch Roger de Diesbach in der «Tribune de Lausanne»: «Les radicaux restent donc fidèles à leurs idées et ne sauraient admettre que l'Etat bouscule le principe d'une concurrence fondée sur la qualité des prestations.» Und

die Meinung von Werner Steinmann in der «Zürichsee-Zeitung»: «Die FDP hebt sich mit Vorstellung wohlthuend von jenen ab, die glauben, mit massiven staatlichen Massnahmen könne die Situation mittlerer und kleiner Detailhandelsunternehmen entscheidend verbessert werden.»

Gegensteuer zu Interventionismus gibt die FDP nach Ansicht von Bruno Frangi in den «Glerner Nachrichten»: «Wenn die FDP in ihrem Konzept primär an Selbstordnung und Selbsthilfe appelliert, so gibt sie Gegensteuer gegen die Tendenz eines wachsenden staatlichen Interventionismus, und zwar im Interesse aller am Markt Beteiligten. Darüber hinaus erinnert sie die eine Seite an eine zentrale Komponente jeden unternehmerischen Handelns.» Die Bedeutung des freiwilligen Weges wird auch von Peter Frey im «Luzerner Tagblatt» unterstrichen: «Eine Partei, die die Freiheit des Individuums allem voranstellt, kann auch bei der Ausarbeitung eines solchen Konzeptes nicht von dirigistischen Idealen geleitet werden.»

Auf die Freiwilligkeit weist auch Marco Volken in «Zürcher Oberländer» hin: «Originell an ihm (dem FDP-Konzept) ist die Förderung einer freiwilligen Charta des freien Wettbewerbs, die der Diskriminierung der kleinen gegenüber den mächtigen Wiederverkäufern ein Ende bereiten soll.»

Programmgetreu ist die FDP nach Meinung von Peter Amstutz, der in der «Basler Zeitung» schreibt: «Nicht direkte staatliche Eingriffe oder gar Interventionismus seien zweckmässig, verkündete FDP-Parteipräsident Yann Richter aus Neuenburg programmgetreu in Bern. „Ausschöpfung der Selbsterhaltungskraft der Branche“ sei das Gebot der Stunde, und eine faire Ausgestaltung der wirtschaftlichen und wettbewerbsspolitischen Rahmenbedingungen helfe mehr.» Vernunft attestiert Werner Steiner in der «Handels-Zeitung» dem Konzept: «Vernünftigerweise hat man in der FDP erkannt, dass eine Stärkung des unabhängigen Einzelhandels nicht über eine Bekämpfung der Hauptkonkurrenten Migros und Coop führen kann.»

Gedanken, wie sie auch im Bericht angeführt werden, macht Richard Müller in der «Tagwacht»: «Das „Lädeli“ hat nämlich durchaus seine Marktchance, wenn es seine Möglichkeiten ausschöpft. Doch in vergangenen Jahrzehnten lief eben das Lädeli von selbst. Irgendwelche Anstrengungen zur Kundenbetreuung und zur Konkurrenzfähigkeit waren nicht nötig. Die Anpassung an veränderte Konsumentenwünsche wurde vielfach nicht vollzogen.»

Dass auch der Konsument seinen Teil im Kampf gegen das «Lädelersterben» zu

Rettung nicht in «Bern» suchen Parteipräsident Richter: Selbsterhaltungskräfte ausschöpfen

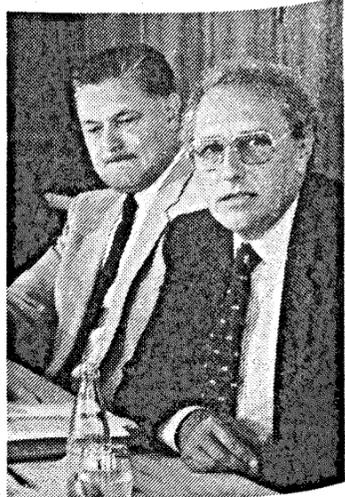
An der Pressekonferenz, an der das freisinnige Detailhandelskonzept präsentiert wurde, erläuterte Parteipräsident Yann Richter auch, weshalb sich die FDP dieser Frage angenommen hat. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Das «Lädelersterben» geht weiter. Die Hoffnung, es zeichne sich eine Wende zum Besseren ab, erwies sich als trügerisch. Während 1971 6,1 Prozent aller Lebensmittelgeschäfte definitiv geschlossen wurden, fiel diese Rate sukzessive auf 1,3 Prozent im Jahre 1977. Doch dann stieg der Trend wieder an: 1978 gingen wiederum 3,4 Prozent der Lebensmittelläden ein, und 1979 stieg der Prozentsatz gar wieder auf über 4 Prozent.

Wie in den Vorjahren mussten 1979 vor allem die reinen Bedienungsgeschäfte den grössten Aderlass hinnehmen. Während vor 10 Jahren diese Gruppe noch über 5 300 Verkaufsstellen verzeichnete, ist deren Zahl auf über 1 500 gesunken. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Geschäften mit einer teilweisen Selbstbedienung zu verzeichnen. Gerade entgegengesetzt verlief das Wachstum der Verkaufsstellen. Bei reiner Selbstbedienung mit über 4 400 Verkaufsstellen — rund 50 Prozent — stellen sie heute den Hauptthars aller Lebensmittelgeschäfte. Vor 10 Jahren waren es bloss 29 Prozent.

Dieses fortschreitende «Ladensterben» und die zunehmende Konzentrationstendenz implizieren nicht nur gesellschaftspolitische Fragen, sondern auch Probleme der Versorgungssicherheit. Die Umstrukturierung im Detailhandel, insbesondere im Lebensmittel-Detailhandel, wurde damit nicht nur zu einem branchenspezifischen, sondern auch zu einem Problem der Öffentlichkeit und der politischen Parteien.

Aus ihrer marktwirtschaftlich orientierten, liberalen Grundhaltung heraus verfolgt die FDP die Entwicklung mit besonderer Aufmerksamkeit und — dies sei nicht verleugnet — auch mit einer gewissen Besorgnis, sind doch im Laufe der letzten Jahre im Handel Marktungleichgewichte entstanden, die zum Aufsehen mahnen und die angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Dynamik insbesondere von Grossverteiler-Organisationen kaum eine vorübergehende Erscheinung darstellen,



Die Mimik von Parteipräsident Richter und Nationalrat Früh sagt's: Eine knifflige Frage wird an der Pressekonferenz gestellt. (Bild ruti)

sondern sich in Zukunft noch verstärken und weitere Bereiche der Warenverteilung erfassen dürften.

Gerade einer Partei wie die FDP, die gegen unangemessene Machtballungen und für die Erhaltung eines gesunden mittelständischen Detailhandels eintritt, kann das Phänomen des «Ladensterbens» nicht gleichgültig sein.

Die Geschäftsleitung der FDP hat deshalb eine spezielle Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Nationalrat H. R. Früh, als Drogist selbst Detaillist, eingesetzt und diese beauftragt, eine Konzeption für die Verbesserung der Situation vor allem des gewerblichen, klein- und mittelbetrieblichen strukturierten Detailhandels zu erarbeiten.

Der Bericht zeigt auf, dass das «Heil» nicht unbedingt gleich bei direkten Staatseingriffen gesucht werden muss, um zu effizienten Lösungsansätzen zu kommen. Vielmehr konzentriert sich das «freisinnige Konzept für eine realistische Detailhandelspolitik» auf die Ausschöpfung der Selbsterhaltungskräfte der Branche selbst sowie auf eine faire Ausgestaltung der wirtschaftlichen und politischen, insbesondere der wettbewerbsspolitischen Rahmenbedingungen.

Wir sind überzeugt, mit dem freisinnigen Konzept einen realistischen und wesentlichen Beitrag zur Erhaltung einer sicheren und effizienten, letztlich den Erfordernissen und Erwartungen der Konsumenten entsprechenden Warenverteilung zu leisten.

leisten hat, darauf verweisen sowohl Martin Edlin in den «Schaffhauser Nachrichten» wie auch Oskar Schraner im «Aargauer Tagblatt». Ersterer Kommentator meint: «Ohne Bewusstseinsbildung des Konsumenten zur Einsicht, welche Bedeutung das Lädeli haben kann, ist ebensowenig zu erreichen, wie das Verharren gewisser Detaillisten in überholten Strukturen den Konsumenten nicht von den Vorteilen eines gesunden Detaillistengewerbes im Vergleich zu den Einkaufszentren überzeugen kann.» Und letzterer stellt fest: «Dass

der tiefe Preis etwas, aber nicht alles ist. Gerade das aber wird nicht so rasch eine Mehrheit begreifen wollen.»

Auf das Entstehen der Freisinnigen für marktwirtschaftliche Prinzipien auch im Detailhandel verweist Jean-Pierre Gattioni im «Journal de Genève»: «Il est évident que qu'aux yeux des radicaux les principes de l'économie de marché doivent aussi s'appliquer au commerce de détail. On ne peut donc pas demander à l'Etat d'intervenir de façon plus directe et de pratiquer une politique structurelle dirigiste.»

Wollen Sie

das FDP-Detailhandelskonzept besser kennenlernen? Wenn ja, benutzen Sie bitte den Bestelltalon in dieser «Freisinn»-Ausgabe. Das Konzept wurde in Heft 2/81 der «Politischen Rundschau» veröffentlicht. In der gleichen Ausgabe finden Sie auch erläuternde Beiträge von Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Präsident der Arbeitsgruppe, sowie den Arbeitsgruppe-Mitgliedern François Løb und Dr. Balz Horber. Im Editorial zeigt der Generalsekretär der Partei, Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger, auf, weshalb die Partei sich dieses Themas angenommen hat.

tes liegt deshalb auf der Selbsthilfe, die sich sowohl durch eine branchenbezogene Selbstordnung als auch durch gemeinschaftliche Aktionen und Massnahmen konkretisieren lässt.

Von freisinniger Seite wird jedoch erwartet, dass der Staat die wettbewerbsspolitischen und übrigen staatspolitischen Rahmenbedingungen so gestaltet, dass für alle Anbieter im Detailhandel gleiche Marktchancen bestehen. Befürwortet wird deshalb eine beförderliche Behandlung der Revision des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb (UWG)

Bestelltalon für FDP-Detailhandelskonzept

Senden Sie mir ... Exemplare des in Nummer 2/81 der «Politischen Rundschau» veröffentlichten FDP-Detailhandelskonzeptes zu. Den Betrag von 5 Fr. je Heft werde ich nach Erhalt mit dem beigelegten Einzahlungsschein überweisen.

Name _____
 Strasse _____
 PLZ, Wohnort _____
 Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

BANK JULIUS BÄR ZÜRICH

&

SAN FRANCISCO

Bank Julius Bär & Co. Ltd.
235 Montgomery Street, San Francisco, CA 94104